

# Volksstimme

Zeitungspreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien 12 mm 0,12 Blotz für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,80 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

## zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294  
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 8. cr 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postcheckkonto B. K. O., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

# Wird die Reichsregierung durchgreifen?

### Die Bombenanschläge dauern unverändert an — Sind Notverordnungen zu erwarten? — Forderung auf Einsetzung der Braun-Severing-Regierung — Immer neue Opfer

## Frankreichs Politik

Paris, Anfang August 1932.

Das offizielle Frankreich begegnet zur Zeit Polen mit launigen Ratschlägen, Italien mit mehr oder weniger energiegelassen Warnungen, England mit feindschaftsvollen Freundschaftsbildern und Deutschland, seinem wichtigsten Nachbar, mit Abscheu.

Die französische Militär- und Marinekommission hat Polen am 31. Juli verlassen. Dieses Datum war bereits festgelegt, bevor man erfuhr, daß Deutschland am gleichen Tage wählen würde, trotz des deutschen Wahlergebnisses hätte dies nicht besonders in Frankreich beunruhigt, würde nicht Polen in dessen ein Abkommen mit Sowjetrußland abgeschlossen haben. In väterlichem Tone geben die französischen Blätter Polen zu verstehen, es dürfe sich nach dem 31. Juli weniger als je von Frankreich abkehren. Dementprechend bringen die Pariser Zeitungen lange Auszüge aus den Warschauer Zeitungen über den Zwischenfall von Gdingen mit dem deutschen Geschäftsträger Herr von Rintelen.

Die Vorgänge in Italien bereiten aber der französischen Politik weit größere Sorgen. Als der Sozialist Renaudel in Genf bei der Sitzung der Interparlamentarischen Union den italienischen Delegierten zurief, in einem Lande, in dem keine Freiheit sei, könne es keine Gerechtigkeit geben, da zogen die hohen französischen „republikanischen“ Patrioten gegen ihren eigenen Landsmann Renaudel los und klagten ihn an, einen überflüssigen Zwischenfall geschaffen zu haben. Trotzdem müssen auch die französischen Patrioten zugestehen, daß man mit einem unter einer Diktaturgewalt stehenden Nachbar schwer auskommen kann. Dieselbe Abendzeitung „Intransigent“, die wütend gegen Pierre Renaudel heulte, muß am 4. August in einem „Wozu das alles?“ überschriebenen Leitartikel zugeben, daß man etwas gar zu viel in Italien gegen Frankreich heult: hat doch der italienische Luftfahrtminister General Balbo erst eben wieder einen von Beleidigungen gegen Frankreich strotzenden Artikel im „Popolo d'Italia“ veröffentlicht, — „was würde man in Italien sagen, wenn der französische Luftminister Paul Painlevé in einer großen französischen Zeitung einen so unfeinen Artikel in drohendem Ton schreiben würde?“, fragt der „Intransigent“. — Er fügt hinzu: „Am Tage des Erscheinens dieses Artikels des Generals Balbo hat der Prince of Wales vor dem Kriegerdenkmal von Thiéval erfreulicherweise von der englisch-französischen Freundschaft in so herrlichen Worten gesprochen, wie es nie seit dem Kriege geschehen war.“

Man meint, daß in der Rede des englischen Thronfolgers jedes Wort vorher reiflich überlegt worden war, und daß dieser angesichts der deutschen Vorgänge absichtlich von der Gemeinsamkeit der englischen und der französischen Interessen sprach. Dies würde nur eine Fortsetzung der von Herriot und Macdonald in Lausanne verabredeten Politik sein, zum Kampfe gegen alle Diktaturstaaten zusammenzutreten und der in Deutschland herausziehenden Diktatur einen demokratischen englisch-französischen Block von Regierungen, die auf parlamentarischer Basis stehen, entgegenzusetzen.

So erscheint Deutschland für das offizielle Frankreich und für die französischen Rechtsparteien wie 1914, als das Gretchen mit dem Gewehr, als die Unruhe stiftende Dämon Bertha, die zu allem fähig ist, nur nicht dazu, Frieden zu halten. Man werfe nur einmal einen Blick in ein französisches Witzblatt: dieselben Karikaturen über Deutschland hat man schon vor 1914 in denselben Blättern gesehen. Nur ist diesmal das Mißtrauen gegen Deutschland noch viel größer, weil die bittere Zeit des Krieges dazwischenliegt.

Kurt Lenz.

## Kein Anschlag auf den englischen Dominionminister?

Ottawa. Der Generalsekretär der Arbeitervereinigungsliga in Kanada erklärt, die Verhaftung des Iren Malone wegen Anschlages auf den Minister Thomas, sei ein mutwillig von der Polizei zu rechtgemachter Schwindel. Die Polizei habe überhaupt keinen Anhaltspunkt für ihre Behauptung, daß ein Anschlag auf den englischen Minister beabsichtigt gewesen sei.

Berlin. Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums einen Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstag vormittag nach Berlin berufen. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gesetzt werden muß.

Es ist geplant, im Wege der Notverordnung Strafvorschriften zu erlassen und außerdem durch eine einfache Verordnung die Sondergerichte einzusetzen. Hierzu ist die Ermächtigung bereits durch die Notverordnung vom Oktober 1930 gegeben, so daß der Reichspräsident mit dieser Maßnahme gar nicht bemüht zu werden braucht. Wann die Reichsregierung ihre Maßnahmen bekanntgeben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Es wäre möglich, daß die Verordnung über die Sondergerichte bereits Dienstag herauskommt, ebenso möglich ist aber auch, daß beides aus technischen Gründen am Mittwoch gemeinsam veröffentlicht wird, wenn der Reichspräsident wieder in Berlin eingetroffen ist und die Notverordnung unterzeichnet hat. Im übrigen hängt natürlich alles von der Kabinettsitzung und dem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten ab.

## Das ostpreussische Reichsbanner an die Reichsregierung

Königsberg. Der Gauvorsitz Ostpreußen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem unter Hinweis auf die Erschießung des Kreisführers des Reichsbanners vom Kreise Löben, Kohn, erklärt wird, der Bürgerkrieg tobe in Ostpreußen weiter. Dr. Bracht habe immer noch nicht das Erforderliche veranlaßt. Die republikanische Bevölkerung Ostpreußens verlange daher seine Abberufung und die Wiedereinsetzung von Braun und Severing. „Geben Sie diesen Männern die Gewalt in Preußen“, so heißt es in dem Telegramm, „und in 48 Stunden wird Ordnung geschaffen sein. Wir lassen uns nicht mehr klug von den Hitlerbanditen niederknallen.“

## Ein Erlaß Dr. Brachts über die parteipolitische Betätigung der Beamten

Berlin. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des

Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung folgenden Erlaß gerichtet, mit der Anweisung, ihn allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen.

## Ein Reichsbannersekretär erschossen aufgefunden

Leobschütz. Am Sonntag wurde zwischen den Ortschaften Krug und Hochkretscham ein Mann im Chauffeegraben liegend bemerkt, um den sich die Vorübergehenden zunächst nicht kümmerten, da man annahm, daß es sich um einen Schlafenden handele. Als der Mann am späten Nachmittag noch immer dalag, untersuchte man ihn näher und stellte in Gegenwart des Gemeindevorstehers und der Landjäger fest, daß es sich um einen Sekretär des Reichsbanners, namens Simsch aus Kassiedel, Kreis Leobschütz, handelt, der durch Kopfschüsse getötet worden ist.

## Anschlag auf einen sozialdemokratischen Kreisleiter

Breslau. In den frühen Morgenstunden des Montag wurde ein Bombenanschlag auf den sozialdemokratischen Kreisleiter von Heidersdorf, Kreis Nimptsch, den Bäckermeister Alexander Kaufmann, ausgeführt. Während Frau und Tochter schon schliefen, sah Kaufmann noch in der Wohnstube. Plötzlich erfolgte vor dem Hause eine starke Explosion, durch die alle Fensterscheiben zertrümmert und ein Loch in die Hausmauer gerissen wurde. Der Sprengkörper, der nach amtlicher Untersuchung die Explosionswirkung einer Handgranate erheblich übertraf, war über den Zaun geschleudert worden und im Vorgarten des Grundstücks niedergefallen. Verletzt wurde niemand.

## Zwei weitere Sprengstoffanschläge im Kreise Nimptsch

Breslau. Zwei weitere Anschläge wurden in der Nacht zum Montag auf den Reichsbannerführer Döbit in Kniegnitz Krs. Nimptsch und den Lehrer Szyska in Golschau Krs. Nimptsch verübt. Auch hier kamen Personen nicht zu Schaden, der Sachschaden ist in beiden Fällen groß.

## Handgranatenwürfe in Allenstein

Altenstein. Montag früh gegen 1,20 Uhr wurde durch mehrere Handgranaten die Eingangstür des Geschäfts von Abraham zertrümmert und die Ladeneinrichtung beschädigt. Wie es heißt, soll Abraham mit der SPD in Allenstein sympathisiert haben.

# Die Sozialdemokratie zur Landtagseinberufung

### Verständnis für Parteitagungen — Die Kommunisten protestieren

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat mit Rücksicht auf die Verschiebung der Landtagstagung ein Schreiben an Präsident Kerrl gerichtet, in dem beantragt wird, die nächste Sitzung des Landtages am 19. und 20. August abzuhalten. Die Sozialdemokraten hätten Verständnis dafür, daß auf die Tagungen von Parteien beim Zusammentritt der Parlamente Rücksicht genommen werde.

Auch die kommunistische Fraktion hat an Präsident Kerrl ein Schreiben gerichtet, in dem scharfster Protest gegen die Verschiebung der Landtagstagung zum Ausdruck gebracht wird. Es wird erklärt, es handele sich bei dem Verfahren des Präsidenten „offensichtlich um ein Manöver, um zu verhindern, daß der schändliche Gewaltdreiß der Papenregierung gegen Preußen und der nationalsozialistische Terror im Landtag zur Verhandlung kommen“. Am Schluß ihres Schreibens fordern die Kommunisten die Einberufung des Landtages zum 16. August.

## Paraguay an England

London. Die Regierung in Paraguay bestätigte der englischen Regierung den Empfang der Mitteilung, daß England die Aufforderung des Völkerbundes zur Einleitung der Feindseligkeiten unterstützt. Paraguay denke England für das gezeigte Interesse und Verständnis und fügt hinzu, daß alles, was Paraguay tue, nur im Rahmen der Selbstverteidigung geschehe.

## Der Präsident von Bolivien gegen die Einnischung der Neutralen

Buenos Aires. Bei der Eröffnung des Kongresses sprach der Präsident von Bolivien über die politische Lage und bezeichnete die Einnischung der Neutralen als ein Ultimatum. Die neutralen Mächte fühlen sich als Richter aufspielen zu wollen, womit sich aber Bolivien nicht einverstanden erklären könne. Die Vorschläge, die Feindseligkeiten einzustellen und zu einer Einigung mit Paraguay zu gelangen, seien eine Verletzung der Unabhängigkeit Boliviens. Bolivien sei das erste Opfer der neuen amerikanischen Politik, obwohl es in seiner Vergangenheit schon viele Ungerechtigkeiten habe erleiden müssen.









